



NEWSLETTER 06/2016

FORUM|MIGRATION



© beeboys - Fotolia.com

„Verbeugung vor Stammtischen“

Gewerkschaften kritisieren das geplante Integrationsgesetz der Bundesregierung: Es enthält zwar einige „positive Ansätze“, doch diese bleiben kleinteilig; vor allem aber würden sie durch geplante Zwangsmaßnahmen konterkarriert. DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach nannte die Sanktionspläne eine „Verbeugung vor den Stammtischen“.

In einer Bewertung des DGB heißt es, hinter den Eckpunkten der Koalition stehe „kein Konzept für eine nachhaltige Integration“. Stattdessen sei der Gesetzentwurf geprägt von „parteitaktischen Erwägungen und dem Streit über die Asylpolitik insgesamt“. Einige der Vorschläge, wie die Verlängerung der Duldungszeit für junge Auszubildende oder Maßnahmen für eine „effizientere Steuerung des Integrationskurssystems“, seien „Minimaländerungen“, die „ohne nachhaltige positive Wirkung bleiben werden“. Vor allem Wohnsitzauflagen oder Leistungskürzungen etwa bei Abbruch eines Integrationskurses, seien kontraproduktiv, wenn kein ausreichendes Angebot zur sprachlichen oder beruflichen Integration und zur ökonomischen Eingliederung vorhanden ist. Das Prinzip von Fördern und Fordern setze „ausreichende und nachhaltig gestaltete“ Fördermaß-

nahmen voraus. Künftig soll eine Duldung für die gesamte Zeit der beruflichen Ausbildung ausgesprochen werden, nach erfolgreichem Abschluss soll eine weitere Duldung für bis zu sechs Monaten für die Arbeitsplatzsuche erteilt werden. Dies greife „zumindest einen Teil der Problemlage auf“, so der DGB. Noch immer aber bestehe die Gefahr, dass die Duldung bei Wegfall der Abschiebehindernisse aufgehoben werden kann. So „bleibt es bei der Unsicherheit für die Jugendlichen und die Betriebe während der Ausbildungszeit.“ Für Leistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylBLG) will die Bundesregierung 100.000 Arbeitsgelegenheiten schaffen und aus Bundesmitteln finanzieren. Ver.di sieht diese Ausweitung der Ein-Euro-Jobs auf den Kreis der Geflüchteten kritisch. Es sei nicht erkennbar, dass über Arbeitsgelegenheiten das Ziel erreicht wird, Geflüchtete zu qualifizieren und für langfristige Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt vorzubereiten, heißt es in einer Stellungnahme. Statt zur Integration in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung drohe das Gesetz zur Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse beizutragen, so die Gewerkschaft.

Siehe hierzu auch den Gastkommentar von Integrationsministerin a.D. Bilkay Öney (SPD) auf Seite 5

INHALT 06/2016

„Verbeugung vor Stammtischen“	1
„Die Standards müssen hoch sein“	2
Neustart für geflüchtete Lehrkräfte	2
Neue Hilfen bei der Anerkennung	2
IAB: Zehntausende neue Jobs wegen Flüchtlingen	3
Junge EU-Bürger_innen: Ausbildung in Deutschland	3
Werkverträge: Fokus Fleischindustrie	3
Paygap: Migrant_innen werden schlechter bezahlt	3
News + Termine	4
Dauerzustand der globalisierten Welt – Bilkay Öney (SPD), Ministerin für Integration Baden-Württemberg a.D.	5



Porträt Anerkennung: Universitätsklinikum Freiburg

„Die Standards müssen hoch sein“

Allein in den letzten zwei Jahren waren es 61, beworben haben sich fünf Mal so viele: „Viele, sehr viele“ ausländische Pflegekräfte hat Sabine Rohde, Pflegedienstleiterin der Uniklinik Freiburg schon begleitet. 10.500 Menschen arbeiten im drittgrößten deutschen Krankenhaus, doch in der Pflege herrscht Arbeitskräftemangel. „Bewerbungen in dem Bereich lassen nach“, sagt Rohde. So stellt die Klinik zunehmend Pflegekräfte aus der EU, aus europäischen Drittstaaten, aber auch aus den Philippinen ein. Unter Vermittlung der GiZ sind schon 18 Krankenschwestern von dort gekommen. Europäische Interessent_innen melden sich oft direkt auf Ausschreibungen auf der Klinikhomepage.

Alle Drittstaatler_innen müssen Deutsch auf der Stufe B2 beherrschen und ihre Qualifikationsnachweise an das Regierungspräsidium in Stuttgart schicken. Dieses entscheidet, was zur Berufsanerkennung an Kenntnissen nachgewiesen werden muss. „Wir begleiten die Mitarbeiter_innen durch die Kenntnisprüfung, die einen praktischen und einen theoretischen Teil beinhaltet“, sagt Rohde. Das anderswo übliche Anerkennungspraktikum auf bis zu vier verschiedenen Stationen „halten wir bei uns nicht für sinnvoll“.

Bei der Kenntnisprüfung arbeiten die Pflegekräfte regulär auf der Station mit und werden neben dem Besuch in der Krankenpflegeschule und teils der Sprachschule von Praxisanleiter_innen auf die Prüfung vorbereitet. „Bei erfahrenen Kräften aus den Philippinen dauert das bis zu sechs Monate, bei osteuropäischen Drittstaatlern, die eine vorwiegend schulische Ausbildung mitbringen, kann es über ein Jahr sein“, sagt Rohde. „Die Standards müssen hoch sein und sind hoch.“ In dieser Zeit werden die Kräfte als Pflegehelfer_innen beschäftigt und entlohnt.

Wie bei allen Einstellungen ist der Personalrat gesetzlich an der Eingliederung der ausländischen Pflegekräfte beteiligt. „Wir schauen zum Beispiel darauf, dass es bis zur Kenntnisprüfung nicht übermäßig lange dauert“, sagt Personalrätin Petra Mergenthaler, „und wir bieten Beratung, wenn es Gründe gibt, die diese Phase verlängern, etwa eine Schwangerschaft.“ Sie lege jedoch Wert darauf, dass die Unterstützung „keine rein formale Sache ist“, sagt Mergenthaler. Das Klinikum betreibt deshalb ein Patenschaftsprogramm. Die Pat_innen gehen mit ihnen ins Kino, kochen zusammen, suchen nach gebrauchten Fahrrädern und „zeigen ihnen auch schon mal die Kuckucksuhr aus dem Schwarzwald.“

Neustart für geflüchtete Lehrkräfte

Die Hochschule hatte mit 15 Interessierten gerechnet, 750 haben sich beworben: In Potsdam werden im „Refugee Teacher“-Projekt geflüchtete Lehrer_innen für die Arbeit an deutschen Schulen qualifiziert. Vom Start des bundesweit einzigartigen Projekts berichteten TV-Stationen und Nachrichtenagenturen.

Zunächst hatte die Universität nur einen Kurs angesetzt, wegen der extrem hohen Nachfrage richtete sie zwei weitere ein. Die Teilnehmer_innen sind zwischen Anfang 20 und Mitte 50, etwa gleich viele Männer und Frauen. Im April startete für sie auf dem Potsdamer Campus Griebnitzsee der Deutsch-Intensivkurs, ab Herbst werden sie das deutsche Schulsystem kennen lernen und an Schulen hospitieren. Die 75 Studierenden – die meisten stammen aus Syrien – haben in ihrem Herkunftsland schon als Pädagog_in gearbeitet. Nun sollen sie für eine Arbeit als Lehrer_in in Deutschland qualifiziert werden – ohne das gesamte Studium absolvieren zu müssen.

„Die Auswahl ist uns sehr schweregefallen“, sagt Miriam Vock, Professorin für Empirische Unterrichts- und Interventionsforschung und Initiatorin des Projekts. Unter den Bewerber_innen seien „viel mehr geeignete“ gewesen; viele hätten große Hoffnungen in das Programm gesetzt.

Das Projekt sei auch für Brandenburg von großem Nutzen: Vor allem an den Grundschulen und in der Sekundarstufe I werden dringend Lehrer_innen benötigt. Quereinsteiger ohne klassisches Lehramtsstudium an einer deutschen Hochschule hätten durchaus Chancen, auch wenn am Beginn möglicherweise nicht eine unbefristete Stelle oder gar Verbeamtung steht – allein schon, weil Deutschland den Lehrern eine Ausbildung in zwei Fächern abverlangt. Doch eine zunächst befristete Stelle oder eine Anstellung als Sprach- oder Kulturmittler ist nach Darstellung der Universität durchaus denkbar.

Eine „Bereicherung“ nennt der brandenburgische Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Günther Fuchs, das Programm. Schließlich brächten die Menschen „große Grundlagen“ mit, gleichzeitig habe das Land „große Bedarfe“ an Lehrkräften. Entscheidend sei jedoch, dass die Kurse so gestaltet seien, dass die Kolleg_innen alle notwendigen Zusatzqualifikationen erhalten. Ob dies beim „Refugee Teachers“-Projekt gewährleistet sei, könne er noch nicht sagen, so Fuchs. „Das sind am Ende Einzelfragen.“ Letztendlich aber müsse ein „kompatibler, vollwertigen Abschluss“ stehen. „Dann gibt es auch kein Anerkennungs- und kein Einkommensproblem.“

 Programme für Flüchtlinge an der Universität Potsdam:
<http://bit.ly/24QAE5a>

Neue Hilfen bei der Anerkennung

Per Smartphone: App der Bundesregierung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat eine neue App entwickelt, mit der sich Flüchtlinge über Möglichkeiten zur Anerkennung ihrer ausländischen Berufsqualifikationen informieren. Sie ist in den fünf wichtigsten Herkunftssprachen von Geflüchteten (Arabisch, Dari, Farsi, Tigrinya und Pashto) sowie auf Deutsch und Englisch verfügbar. Die App erklärt in einfacher Sprache das Anerkennungsverfahren und verlinkt zu Informations- und Beratungsangeboten. Dazu werden unter anderem die nächstgelegenen Beratungsstellen des IQ-Netzwerks angezeigt. Ein Antrag auf Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation ist unabhängig vom Aufenthaltsstatus – also auch während des laufenden Asylverfahrens möglich.

 <http://bit.ly/24Qv894>

Training für geflüchtete Journalist_innen

Für Journalist_innen mit Migrationshintergrund ist der Einstieg in den Medienbereich mit Hürden verbunden. Gleichzeitig werden die Potenziale von Medienmacher_innen im Exil in Deutschland kaum

genutzt. Die Organisation Neue Deutsche Medienmacher e.V. hat deshalb ein Mentoringprogramm gestartet, das sich auch an exilierte Kolleg_innen richtet. Jeder Trainee erhält eine Bezugsperson zur Klärung und Hilfestellung in beruflichen Fragen. Das Programm bietet unter anderem eine Themenbörse für geflüchtete Journalist_innen, Vernetzungsveranstaltungen oder Trainings zum Mediensystem in Deutschland, mögliche Beschäftigungsformen, Medienrecht und berufsrelevante Informationen.

 <http://bit.ly/1RADipD>

Bayern: Mentoringprogramm für Qualifizierte

In Bayern bringt das IQ Netzwerk qualifizierte Migrant_innen mit etablierten Profis für den Einstieg in den Arbeitsmarkt zusammen. Die „Mentees“ sollen von den beruflichen Netzwerken ihrer Mentor_innen sowie von deren Kenntnissen des lokalen Arbeitsmarktes und der Unternehmens- und Arbeitskultur profitieren. Das Projekt richtet sich an Migrant_innen, die bereits über Sprachkenntnisse, Wissen und Berufserfahrung verfügen.

 <http://mentoring.migranet.org>



IAB: Zehntausende neue Jobs wegen Flüchtlingen

Die hohe Zahl an Flüchtlingen seit dem vergangenen Sommer hatte eine „deutlich und überdurchschnittlich anziehende Beschäftigung“ in Deutschland zur Folge. Nach einer Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) dürften schon jetzt für Einheimische Stellen in einer Größenordnung von mehreren Zehntausend entstanden sein.

Die Flüchtlinge benötigten viele Waren und Dienstleistungen: „Dafür werden Arbeitskräfte benötigt.“ So seien etwa im Innenausbau und Hochbau, in der Ge-

bäude- und Versorgungstechnik, bei außerschulischen Lehrtätigkeiten und Sprachlehrer_innen, Wachleuten, Sozialarbeiter_innen und in der öffentlichen Verwaltung starke Zuwächse zu verzeichnen. Bei Sprachlehrer_innen gab es im Januar etwa eine Steigerung um 27 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, in der Haus- und Familienpflege um 17 Prozent und bei Wachleuten um 10 Prozent. Auch in der Statistik der Arbeitsagenturen über offene Stellen bis März dieses Jahr seien Zuwächse in den genannten Berufen festzustellen. In vielen Bereichen würden weiter Mitarbeiter_innen gesucht. Es sei davon auszugehen, dass im Zuge der Flüch-

lingszuwanderung weiterer Bedarf an Arbeitskräften besteht. Allerdings seien nicht unbedingt alle Stellen zur Versorgung der Flüchtlinge auch neue Stellen. Es könnten auch Arbeitskräfte aus anderen Bereichen umgelenkt worden sein, so das IAB. Zu bedenken sei auch, dass die zur Versorgung der Flüchtlinge eingesetzten Mittel anderweitig hätten verwendet werden können – zum Beispiel zur Schaffung anderer Jobs.

IAB-Studie: „Effekte der Flüchtlingsversorgung auf den Arbeitskräftebedarf in einzelnen Berufen“:
<http://bit.ly/1SU8sKa>

Junge EU-Bürger_innen: Ausbildung in Deutschland

Es ist eine der Antworten auf die ökonomische Krise in Südeuropa, ähnlich einem Erasmus-Programm für Azubis: Über 6.500 junge Menschen haben seit 2013 mit der „MobiPro-EU“-Initiative der Bundesregierung eine Ausbildung in Deutschland machen können. Die Mittel waren zwischenzeitlich ausgeschöpft, die individuelle Fördermöglichkeit wurde deshalb eingestellt. Heute bekommen nur noch Bildungsträger Geld, Azubis selbst können sich nicht mehr bewerben. In einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zieht die Bundesregierung Zwischenbilanz.

Demnach waren zwei Drittel der individuell Geförderten im Alter von 18 bis 35 Jahren männlich. Die große Mehrheit stammte aus Spanien, mit weitem Abstand folgten vor allem Länder aus Osteuropa. Die Nachfrage aus dem am stärksten krisengeplagten Land war eher gering: Nur 154 junge Griech_innen kamen bislang mit MobiPro nach Deutschland.

Den Azubis hat das Projekt gefallen: 85 Prozent der Geförderten gaben an, mit dem Programm „zufrieden“ gewesen zu sein, doch fast ebenso viele hätten sich mehr oder besseren Sprachunterricht

gewünscht. Während die individuellen Anträge vor allem von Azubis aus der in Südeuropa bedeutsamen Hotel- und Gaststättenbranche gestellt wurden, sind heute auch Betriebe aus der Bau-, Elektro- und Autoindustrie dabei. Diese können bis zu 90 Prozent der Ausbildungskosten erstattet bekommen. Die Teilnehmer_innen dürfen nicht über eine abgeschlossene betriebliche Berufsausbildung verfügen und müssen hierfür zwischen 18 und 27 Jahren alt sein.

Projekt MobiPro:
<https://www.thejobofmylife.de>

Werkverträge: Fokus Fleischindustrie

Mehr Ressourcen für die Problembranche: Die Initiative Faire Mobilität verstärkt ihre Kapazitäten. Neue Berater_innen kümmern sich um entsandte Beschäftigte in Zerlegebetrieben, vor allem aus Osteuropa.

Lohnbetrügereien und schlechte Arbeitsbedingungen: Den Berater_innen waren die Missstände für ausländische Beschäftigte in der Fleischindustrie seit Langem bekannt. Medienberichte im vergangenen Jahr brachten das Thema wieder auf die politische

Agenda. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) besuchte ins Gerede gekommene Zerlegebetriebe, die Industrie gelobte mit einer Selbstverpflichtung Besserung.

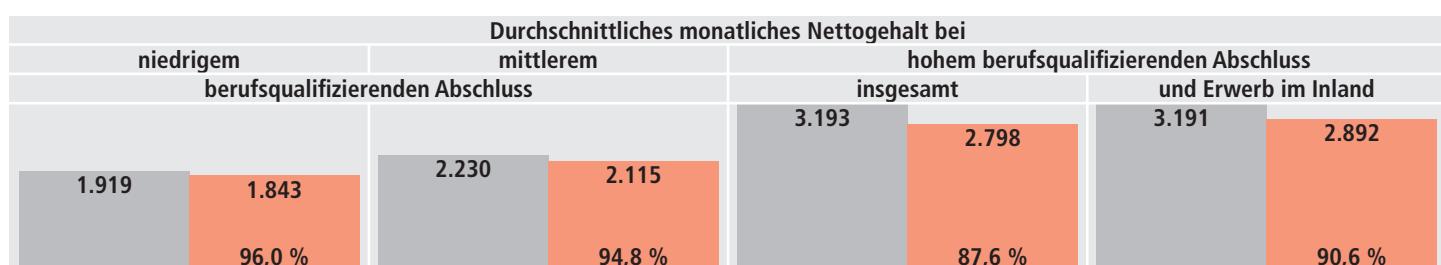
Damit dieser Taten folgen, stockte die Bundesregierung die Mittel der gewerkschaftlichen Faire Mobilität-Beratungsstellen deutlich auf. Im April nahmen die neuen Berater_innen für Werkvertragsbeschäftigte ihre Arbeit auf. Die polnisch- und rumänischsprachigen Kollegen sind in den Faire Mobilität-

Büros in Dortmund, Oldenburg und Kiel ansässig. Sie sollen von dort aus direkt an die Beschäftigten in den Betrieben herantreten, sagt Projektleiter Dominique John. In Unternehmen mit Beschäftigten aus Rumänien, Bulgarien oder Polen „verteilen wir Flyer, machen Veranstaltungen und nehmen Kontakt mit Betriebsräten auf – so es denn welche gibt.“ Dabei kooperieren die Beratungsstellen eng mit der Gewerkschaft NGG.

www.faire-mobilitaet.de

Paygap: Migrant_innen werden schlechter bezahlt

Persönliches monatliches Nettogehalt abhängig Vollzeitbeschäftigte im Alter von 25–64 Jahren nach berufsqualifizierendem Abschluss 2014 in Euro
■ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund · ■ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quelle: Statistisches Bundesamt: Datenreport 2016. <https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Datenreport/Datenreport.html>



News + Termine

Akzeptanz des Islam: Mit Grundgesetz vereinbar – aber nicht unbedingt „Teil Deutschlands“

Das „Integrationsbarometer“ genannte Jahrestagsbericht des Sachverständigenrates Migration (SVR) zeigt ein ambivalentes Bild zur Akzeptanz des Islam. Zwar befürworten rund zwei Drittel der Befragten ohne Migrationshintergrund islamischen Religionsunterricht als wählbares Unterrichtsfach an Schulen. Eine Mehrheit würde einen Moscheebau in der Nachbarschaft hinnehmen. Die Frage ob der Islam „ein Teil Deutschlands“ ist, verneint jedoch eine Mehrheit der Befragten ohne Migrationshintergrund von 53 Prozent. Insgesamt, so die Forscher_innen, sei das Integrationsklima in Deutschland allerdings „anhaltend stabil“. Deutschland sei „demografisch zu einem multireligiösen Land geworden“, sagte die SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld. Auch die Forschungsgruppe Wahlen hat sich mit dem Verhältnis der Deutschen zum Islam befasst. Sie wollte wissen, wie die Befragten zur Islampolitik der AfD stehen. Das Ergebnis: Die Aussage führender AfD-Politiker_innen, wonach der Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei, lehnen 63 Prozent der Befragten ab. In dieser Frage sind sich die Anhänger aller Parteien – außer der AfD – mehrheitlich einig. Dass die meisten in Deutschland lebenden Muslime die im Grundgesetz festgeschriebenen Werte akzeptieren, glauben insgesamt 52 Prozent der Befragten, 41 Prozent bezweifeln das.

SVR-Jahrestagsbericht „Viele Götter, ein Staat“:
www.svr-migration.de/publikationen
 Politbarometer April 2016: <http://bit.ly/1ZHwSur>

Arbeitswelt: Jede_r Fünfte_r erlebt Diskriminierung wegen Herkunft

Jeder dritte Mensch in Deutschland hat in den vergangenen zwei Jahren Diskriminierung erlebt. Das ist das Ergebnis einer Befragung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Mit insgesamt über 18.000 Befragten nach Angaben der Verfasser ist es die größte Studie, die es bislang in Deutschland zu diesem Thema gab. Demnach ist Diskriminierung besonders häufig beim Zugang zu Beschäftigung und am Arbeitsplatz. Von Benachteiligungen in diesem Bereich aufgrund „rassistischer Gründe oder (ethnischer) Herkunft“ berichteten 21 Prozent der Befragten.

Studie: Diskriminierungserfahrungen in Deutschland:
<http://bit.ly/1Nr8pZr>

Gewerkschaft der Polizei will „Flüchtlings-situation wirksam entbürokratisieren“

„Illegal Einreise“ soll in Zukunft kein Straftatbestand sein, sondern in eine Ordnungswidrigkeit umgewidmet werden. Das forderte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Dietmar Schilff. Der Polizei stelle sich „angesichts der Erfahrungen der vergangenen Monate die Frage, ob der mit der bisherigen Strafbarkeit verbundene Ermittlungs- und Verwaltungsaufwand noch vertretbar und vor allem

notwendig ist“, so Schilff. Polizei der Länder und des Bundes sowie Staatsanwaltschaften seien durch den „hunderttausendfach als Massendelikt“ auftretenden Straftatbestand stark belastet, gleichzeitig würde dieser „so gut wie nie geahndet“. Die GdP appellierte, Asylverfahren dringend zu beschleunigen. Dafür sei es notwendig, dass das Personal des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in ausreichender Zahl direkt vor Ort eingesetzt werde.

<http://bit.ly/1Yn10L8>

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: 2.000 Stellen unbesetzt

Mehrfach hatte die Bundesregierung eine Aufstockung des Personals beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angekündigt. Doch die kommt nur stockend voran: Laut einem Bericht der Zeitung „Die Welt“ waren bis Mitte April 3.500 Menschen bei den Außenstellen der Behörde in den Ländern im Dienst – vorgesehen ist eine Personalstärke von 5.500 Mitarbeiter_innen. Aushilfsweise erhält das BAMF Unterstützung durch Personal von der Post, der Bundeswehr und der Bundesagentur für Arbeit. Durch den enormen Flüchtlingsandrang 2015 ist ein Rückstau unbearbeiteter Asylanträge entstanden: Im Mai waren es etwa 410.000. Fast ebenso viele Menschen in Deutschland warten noch auf einen Termin, um ihren Asylantrag stellen zu können.

Deutsch lernen: Volkshochschulen präsentieren App für Geflüchtete

Das „Blended Learning“-Projekt des Deutschen Volkshochschul-Verbandes hat eine neue Sprachlern-App für Geflüchtete entwickelt. Sie begleitet Neuankömmlinge beim Arztbesuch, beim Behördengang und in vielen anderen Lebenssituationen. Die App ist kostenfrei im Netz zu laden und in neun Sprachen übersetzt: Arabisch, Dari, Englisch, Farsi, Französisch, Kurmanci, Pashto, Tigrinya, Urdu. Die Nutzer können unmittelbar in eine der alltagsnahen Lektionen einsteigen, die App kann auch offline verwendet werden.

Sprachlern-App „Einstieg Deutsch“: <http://bit.ly/21YTcS0>

Niedersachsen: Mehr Zuwanderer in Landesverwaltung

Das Land Niedersachsen will künftig mehr Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung beschäftigen. Die Landesregierung hat beschlossen, eine entsprechende Vereinbarung mit Gewerkschaften und Berufsverbänden zu schließen. Gleichzeitig sollen die Beschäftigten „sensibilisiert und weitergebildet“ werden, um die interkulturelle Öffnung voranzubringen. Die Gesellschaft werde immer bunter, sagte Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD). Das müsse sich auch in einer modernen Verwaltung widerspiegeln. Vor allem Führungskräfte und Personalverantwortliche in der Landesverwaltung sollen entsprechend weitergebildet werden.

Bitte folgen: @ForumMigration

Das DGB Bildungswerk auf Twitter mit aktuellen Nachrichten zu Migration, Vielfalt und Arbeitswelt.

Mentor_innenausbildung für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt Bayern

Teil I: 10. bis 11. Juni 2016

Teil II: 17. bis 18. Juni 2016

Veranstaltungsort: München

Nordrhein-Westfalen

Teil I: 02. bis 03. September 2016

Teil II: 09. bis 10. September 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Berlin-Brandenburg und Sachsen

Teil I: 09. bis 10. September 2016

Teil II: 16. bis 17. September 2016

Veranstaltungsort: Leipzig

Niedersachsen, Bremen, Sachsen-Anhalt, Nord

Teil I: 16. bis 17. September 2016

Teil II: 23. bis 24. September 2016

Veranstaltungsort: Hannover

Hessen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, Saarland

Teil I: 23. bis 24. September 2016

Teil II: 30. September bis 01. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Mainz

Baden-Württemberg

Teil I: 07. bis 08. Oktober 2016

Teil II: 14. bis 15. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Stuttgart

Ausbildung zur Betrieblichen Fachkraft

ANERKENNUNG

19. bis 24. Juni 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

18. bis 23. September 2016

Veranstaltungsort: Steinbach/Taunus

Die Welt in Bewegung – Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

23. bis 28. Oktober 2016

Veranstaltungsort: DGB Tagungszentrum Hattingen

Tagung: ANERKANN! Gute Praxis für eine Anerkennungskultur in der Arbeitswelt

20. Oktober 2016

Veranstaltungsort: Düsseldorf

Weiterbildung zur Lernberaterin/zum Lernberater für Grundbildung und Alphabetisierung in der Arbeitswelt

Teil I: 10. bis 12. November 2016

Veranstaltungsort: Hamburg

Teil II: 17. bis 19. November 2016

Veranstaltungsort: Hattingen

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:
<http://bit.ly/1Jv9okq>



Dauerzustand der globalisierten Welt



© Bilkay Öney

Kommentar von Bilkay Öney (SPD), Ministerin für Integration Baden-Württemberg a.D.

Der hohe Flüchtlingszugang des vergangenen Jahres scheint – zumindest vorübergehend – gestoppt zu sein. In den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder verzeichnen wir derzeit einen Rückgang der unterzubringenden Personen. Einzelne Notunterkünfte konnten bereits geschlossen werden. Ist damit das Flüchtlingsthema vom Tisch? Wohl kaum. Auch künftig werden Menschen vor Gewalt und Armut flüchten. Neben der geschlossenen Balkanroute werden sich alternative Wege etablieren. Migration ist der Dauerzustand in einer globalisierten Welt.

Nach Schätzung der Europäischen Kommission warten rund eine Million Menschen in Nordafrika auf die Gelegenheit, in Richtung EU aufzubrechen. Und auch die Binnenmigration innerhalb der EU steigt. Vor allem Migrant_innen aus Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, aber auch aus Italien spielen hierbei eine große Rolle.

Die Dimensionen der Wanderungsbewegungen zeigen: Migration und Integration sind zentrale Politikfelder, an denen sich nicht weniger als der soziale Zusammenhalt und der wirtschaftliche Erfolg unseres Landes entscheiden. Deutschland muss auf den Bevölkerungszuwachs durch Flucht und Arbeitsmigration reagieren, besonders dringlich auf dem Wohnungs- und dem

Arbeitsmarkt, in Schulen und Kitas sowie in Behörden.

Das ist nicht einfach. Laut Studien sind wir zwar auf Einwanderung angewiesen. Doch das Integrationstempo hält nicht Schritt mit den Zuwanderungssalden. Das führt zu Ängsten und Vorurteilen. Niemand kann die Migrationsbewegungen und ihre Folgen prognostizieren, daher sind auch keine verlässlichen Musterlösungen möglich. Die Bundesregierung hat einen Anfang gemacht und sich auf ein Integrationsgesetz verständigt. Durch „Fördern“ und „Fordern“ soll Teilhabe gelingen.

Politik und Wirtschaft diskutieren zudem das Für und Wider eines Einwanderungsgesetzes. Ein solches Regelwerk könnte dazu beitragen, dass weitere Wege zur Arbeitsmigration nach Deutschland geöffnet werden. Ob es aber helfen wird, die hohen Zugänge zu kanalisieren, in Flüchtlinge auf der einen und qualifizierte Arbeitskräfte auf der anderen Seite, ist fraglich. Diejenigen, die auch bei veränderten rechtlichen Vorgaben keine Chance auf eine Einreise zur Arbeitsaufnahme haben, dürften – zumindest teilweise – versuchen, als Asylsuchende einzureisen und dann „irgendwie“ doch arbeiten zu können.

Um den sozialen Frieden nicht zu gefährden, brauchen wir vor allem eine sozialverträgliche europäische Einwanderungspolitik. Diese sollte vom solidarischen Gedanken der EU geleitet sein. Die Realität sieht leider anders aus. Nur wenige Mitgliedstaaten nehmen Flüchtlinge auf, andere schotten sich ab.

Unabhängig davon sind die Asylstandards und vor allem die Lebensbedingungen innerhalb der EU so unterschiedlich, dass viele Flüchtlinge direkt nach Deutschland oder Skandinavien reisen wollen. Deshalb geht es bei den Forderungen an die EU nicht nur um eine gerechtere Verteilung der Schutzsuchenden, sondern vor allem auch um die Vereinheitlichung der Verfahren und Leistungsstandards.

Derweil mühen sich Länder, Kreise und Gemeinden mit der Bereitstellung von Unterkünften ab. Die Kommunen stehen vor der großen Herausforderung, die Integration der bleibeberechtigten Menschen vor Ort zu organisieren. Ohne die Unterstützung von Bund und Ländern wird dies nicht gelingen. Bei der Finanzierung liegen Bund und Länder derzeit meilenweit auseinander.

Nachhaltiger wäre die Bekämpfung von Fluchtsachen in den Heimatländern. Das braucht aber Zeit. Bund und Bundesländer können hier nur beschränkt agieren. Wenn es um die Bekämpfung

von Terror, Krieg und Krisen geht, ist die internationale Staatengemeinschaft gefordert. Allerdings erschweren auch in dieser Gemeinschaft viel zu oft nationale Egoismen und widerstreitende Interessen das gemeinsame Handeln.

Was der Bund in Anbetracht der nationalen Herausforderungen leisten könnte und müsste, wäre die Asylerstaufnahme bis zum Abschluss des Asylverfahrens in Eigenregie zu übernehmen. Viele zur Unterbringung von Flüchtlingen geeignete Liegenschaften sind im Eigentum des Bundes. Zudem ist er für die Asylverfahren zuständig. Ein in der Hand des Bundes gebündeltes Verfahren würde Synergien ermöglichen und Verwaltungsschritte beschleunigen. Die Bundespolizei könnte die Passbeschaffung organisieren und die Rückführung übernehmen. Länder und Kommunen könnten sich auf die Integration von Menschen mit guter Bleiberechtsperspektive konzentrieren. Ohnehin wird das die Länder und Kommunen in den nächsten Jahren fordern. Reibungen und Rückschläge wird man dabei einkalkulieren müssen. Entsprechend rational und pragmatisch müssen Politik und Verwaltung darauf reagieren. Darauf sollten sie vorbereitet sein.

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.

Vorsitzende: Elke Hannack

Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber

Koordination: Michaela Dälken

Redaktion: Christian Jakob, Berlin

Layout/Satz: ideeal, Essen

Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.

Bereich Migration & Gleichberechtigung

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Telefon 02 11/43 01-1 99

Telefax 02 11/43 01-1 34

migration@dgb-bildungswerk.de

www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNTE gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

